



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 24.06.2021

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Donnerstag, 1. Juli 2021, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Großer Festsaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS: Es wird empfohlen, während der gesamten Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 06.05.2021

Bereich Schule

2. 21-F-05-0024

Zehntausend gegen Corona - Coronakrise darf nicht zur Bildungskrise werden
- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0225 vom 20.05.2021 -

ANLAGE

3. 21-F-20-0008

Ergebnisse der Verteilkonferenzen für das Schuljahr 2021/22
-Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.06.2021-

Der Presseberichterstattung war zu entnehmen, dass die Annahme von Grundschulkindern an der Helene-Lange-Schule für das Schuljahr 2021/22 je nach abgebender Grundschule sehr unterschiedlich ausgefallen sei. So seien Bewerbungen aus Biebrich, dem Sauerland oder aus Klarenthal gänzlich unberücksichtigt geblieben.

Der Magistrat wird gebeten, das Staatliche Schulamt und ggf. die Helene-Lange-Schule um Beantwortung folgender Fragen zu bitten und dem Ausschuss zu berichten:

- a) Wie verteilen sich die die Bewerbungen auf einen Platz an der Helene-Lange-Schule auf die abgebenden Grundschulen in den letzten drei Jahren?
- b) Wie viele SuS wurden dabei jeweils an der Helene-Lange-Schule angenommen (bitte aufgeschlüsselt nach abgebenden Grundschulen)?
- c) Wie viele SuS mit der Empfehlung Bildungsgang Hauptschule, Realschule und Gymnasium wurden in den letzten drei Jahren an der Helene-Lange-Schule angenommen?
- d) Welche Kriterien spielen bei der Verteilung von SuS eine Rolle?

3.1 Bericht zu den "Verteilkonferenzen" für das Schuljahr 2021/2022

4. 21-F-56-0002

Weiterentwicklung der Schullandschaft in Schierstein
-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen DIE LINKE. und VOLT vom 23.06.2021-

Der Ortsbeirat Schierstein befasste sich auf seiner letzten Sitzung am 16. Juni 2021 mit der Situation der Schulen in Schierstein. Angesichts der Dringlichkeit der zu ergreifenden Maßnahmen hinsichtlich Erweiterungen und Sanierungen an den Schulen in Schierstein fasste er einstimmig einen Beschluss, der seitens des zuständigen Fachausschusses unterstützt werden sollte.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den am 16. Juni 2021 vom Ortsbeirat Schierstein gefassten Beschluss zur Weiterentwicklung der Schullandschaft in Schierstein, der folgendermaßen lautet:

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, folgende Anregungen des Ortsbeirats mit in die Planungen und Weiterentwicklung der Schullandschaft in Schierstein einfließen zu lassen:

1. Die aktuell zu Schulzwecken genutzten Grundstücksflächen der Erich Kästner-Schule, Hafenschule (am Standort Zehntenhofstraße) und der Joseph-von Eichendorff-Schule in Schierstein sollen weiterhin den Schiersteiner Schulen zur Verfügung stehen. Insbesondere sollen die komplette aktuelle Fläche der Erich Kästner-Schule für die Sanierung/den Neubau der Schule inklusive Sporthalle (zur Nutzung gemeinsam mit der Hafenschule und für den Vereinssport) erhalten bleiben und aktuell eventuell „überschüssige“ Flächen als perspektivische Erweiterungsflächen mit der Zweckbestimmung Schule/Bildung zur Verfügung stehen.

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften am 1. Juli 2021

2. Der Ortsbeirat Schierstein sieht keine Notwendigkeit für eine generelle Machbarkeitsstudie für den Standort der Erich Kästner-Schule, da bei den Planungen zur Campuslösung schon die Machbarkeit von Schulgebäuden festgestellt wurde - gescheitert ist die Machbarkeit am Raumbedarf für zwei Schulen und eine Sporthalle. Die Deckung des Flächenbedarfs für eine Schule mit Sporthalle auf dem fast 15.000 qm großen Grundstück dürfte indes außer Frage stehen. Es sind daher umgehend Planungen zur Ertüchtigung der Erich Kästner-Schule aufzunehmen unter Berücksichtigung von Synergien mit der Hafenschule. Sollte die Verwaltung die Situation anders beurteilen und an der Vorstufe „Machbarkeitsstudie“ festhalten, bitten wir um die umgehende Erläuterung der Gründe hierfür.

3. Die Überprüfung des Zustands der Pavillons an der Erich Kästner-Schule ist entbehrlich und soll, um weiteren Verzögerungen vorzubeugen, nicht stattfinden, denn

a) die Pavillons sind in einem erkennbar sehr schlechten baulichen Zustand - belegt bereits durch die Machbarkeitsstudie von 2014 (siehe Begründung).

b) sie verhindern die Errichtung des notwendigen Sporthallenneubaus an der vom Ortskern abgewandten Seite, an der Kleinaustraße.

4. Die Planungen zum Neubau einer Sporthalle auf dem Gelände der Erich-Kästner-Schule sollen beinhalten:

a) die direkte Erreichbarkeit der Sporthalle über die Kleinaustraße

b) ein Spielfeld mit dem Mindestmaß 22 m x 44 m (Handball: 20 m x 40 m, incl. Sicherheitsabstand: 22 m x 44 m)

c) Zuschauermöglichkeit - z.B. eine Galerie

d) eine Unterteilbarkeit der Halle in drei eigenständige Spielfelder (Drei-Felder-Halle) und

e) eine Unterkellerung bzw. Bauweise, die zur Schaffung einer der möglichen Zuschauerzahl in der Halle angemessenen Tiefgarage oder Stellfläche unterhalb der Halle dient. Diese kann zur Schulzeit auch vom Lehrpersonal der Erich Kästner-Schule und der Hafenschule genutzt werden.

5. 21-F-55-0014

Sachstandsbericht über die Lage an den städtischen Schulen zum Schuljahreswechsel
-Antrag von DIE LINKE. Stadtfraktion vom 23.06. 2021-

Nach den bevorstehenden Sommerferien beginnt für die Schüler*innen, ihre Eltern und die Lehrer*innen das dritte Schuljahr mit massiven negativen Auswirkungen durch Corona und die Folgen für den Unterricht und das gesamte schulische Leben.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge angesichts dieser Situation berichten bzw. folgende Fragen beantworten:

1) Obwohl die Ständige Impfkommission (StiKo) keine generelle Impfung von Kindern und Jugendlichen empfiehlt, wurde die Priorisierung bei der Impfung aufgehoben und wird jetzt seitens politisch Verantwortlicher trotz zurückhaltender Bewertung von Fachverbänden die generelle Impfung von Minderjährigen propagiert. Was ist seitens der Landeshauptstadt

Wiesbaden hinsichtlich der Impfung von Schüler*innen geplant? Inwieweit werden bei diesen Planungen die Schulen, die Schüler*innen- und Elternvertretungen sowie die Lehrer*innen und ihre Vertretungen einbezogen?

Welche Konsequenzen für den Schulbetrieb hat die Tatsache, dass es Geimpfte und Nicht-Geimpfte geben wird?

- 2) Was ist hinsichtlich der Testungen auf das Corona-Virus im Schulalltag geplant? Welche Konsequenzen hat dies für den Personaleinsatz an den Schulen? Welche Erfahrungen liegen mit den Testungen und dem sachgerechten Umgang mit den Tests vor (Qualifizierung für die Durchführung, korrekte Aufbewahrung und Entsorgung der Tests usw.)?
- 3) Da zu erwarten ist, dass voraussichtlich auch im kommenden Winter noch eine Ansteckungsgefahr durch das (mutierte) Corona-Virus gegeben sein wird, wird folgende Fragen gestellt: Wie weit ist die Ausstattung der Klassenräume mit Luftfiltern gediehen? Welche finanziellen Mittel wurden hierfür bereitgestellt und wieviel prozentual davon von Land oder Bund erstattet?
- 4) Die Probleme bei der Beförderung von Schüler*innen im ÖPNV und mit Schulbussen sind seit langem bekannt. Mit der Notwendigkeit angesichts der Ansteckungsgefahr entsprechende Abstände einzuhalten und angesichts der akuten Zuspitzung der Verkehrsproblematik durch den Wegfall des wesentlichen schienengebundenen Verkehrs und Sperrung von wichtigen Verkehrsachsen durch die Situation der Salzachtalbrücke sind besondere Maßnahmen erforderlich, um den Verkehr insbesondere nach Ende der Reisezeit, Rückkehr zur Arbeit in Präsenz und Unterrichtsbeginn nach den Ferien zu bewältigen. Wie sind die Schulen und das Schuldezernat bei der Verkehrsplanung eingebunden? Was ist konkret geplant?
- 5) Wie ist der konkrete Sachstand bei den einzelnen Schulen mit der digitalen Ausstattung der Schulen, auch mit Endgeräten für die Schüler*innen und Lehrer*innen? Wie hoch ist der Finanzierungsanteil von Land und Bund hierfür? Was ist der Stand hinsichtlich der Umsetzung des Medienentwicklungsplans? Inwieweit wurde bei der Ausstattung den gesundheitlichen Risiken durch elektromagnetische Wellen Rechnung getragen und IT-Verkabelung statt Ausstattung mit WLAN-Routern gewählt?
- 6) Welche Ergebnisse brachten die diesjährigen Verteilkonferenzen zum Übergang in die weiterführenden Schulen? Sind hierbei Effekte des Ausfalls von qualifiziertem Unterricht unter Corona erkennbar, insbesondere hinsichtlich der Anzahl von Schüler*innen, die eine Jahrgangsstufe wiederholen oder ihre Schule (ohne Abschluss) verlassen (müssen)? Welche Unterstützungen bietet die Stadt bis zum Schuljahresbeginn an, damit das schulische Scheitern bei möglichst vielen Schüler*innen noch vermieden wird? In welchem Umfang wird es deshalb Ferienangebote auch der Stadt geben? Welche schulpolitischen Konsequenzen sollen gezogen werden?
- 7) Wie ist der Sachstand zur Erstellung des neuen Schulentwicklungsplans? Für wann sind die nächsten "Stationen" der Beteiligung geplant?

Bereich Kultur

6. 21-A-57-0003

Beschlussempfehlung des Kulturbeirats Nr. 003/2021 vom 22.06.2021 "Digitale Werbeflächen"

Der Kulturbeirat Wiesbaden schlägt vor, dass die Stadt an drei zentralen und exponierten Orten Wiesbadens große digitale Werbeflächen für die Kultur neu schafft.

Begründung

Im beschlossenen Kulturentwicklungsplan haben sich Politik, Kulturschaffende und Stadtverwaltung auf zentrale Handlungsfelder geeinigt. Für die Stärkung der Sichtbarkeit und die besucherorientierte Kulturinformation wurden Handlungsempfehlungen mit hoher Priorität formuliert (kurz- bis mittelfristige Umsetzung). Digitalität als generelle Herausforderung und Handlungsschwerpunkt spielt dabei eine zentrale Rolle (siehe Kapitel 6.1 und 4.3 Kulturentwicklungsplan). Um die Sichtbarkeit der Kultur in Wiesbaden erkennbar zu erhöhen, hat sich die Arbeitsgruppe des Kulturbeirats (kurz: AG Sichtbarkeit) mit innovativen Möglichkeiten für Kulturwerbung auseinandergesetzt. In einem ersten wichtigen Schritt sollen die bereits letztes Jahr zur Prüfung beschlossenen digitalen Werbeflächen zu einem konkreten Entwurf geführt werden.

In mehreren Terminen wurden unter Beteiligung von Dezernat III, Kulturamt und Wiesbaden Congress & Marketing GmbH Eckpunkte für das Bedürfnis neu einzurichtender großer, digitaler Werbeflächen formuliert. In weiteren Gesprächen mit Schlüsselstellen in der Verwaltung (Werbenutzung, Denkmalschutz, Stadtgestaltung) wurde ein komplexes Vermittlungsfeld identifiziert. Einerseits ist die Landeshauptstadt Wiesbaden vertraglich mit der WALL GmbH in jeder Art Werbenutzung im öffentlichen Raum gebunden. Es müssen in jedem diesbezüglichen Vorstoß Gespräche mit dem Unternehmen geführt werden. Andererseits zeigt sich auch hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit von neuen Werbeflächen eine in Abhängigkeit zur technischen und inhaltlichen Ausgestaltung hohe Orts- und Lagespezifität in den Anforderungen von Bauaufsicht, Denkmalschutz, Stadtgestaltung, Straßenverkehrsbehörde und unter Umständen weiterer Ämter. Ohne Entwurf und eine Eingrenzung der Orte können kaum Aussagen getroffen werden.

Der Kulturbeirat sieht seine Kompetenz in der Formulierung von Bedürfnissen und der Herstellung einer Gesprächsebene erschöpft. Er empfiehlt an dieser Stelle dringend die Erarbeitung eines Entwurfs durch eine zwischen Bedürfnissen einerseits und zu beteiligenden Verwaltungsstellen und dem Vertragspartner WALL GmbH andererseits vermittelnden Stelle.

Der Kulturbeirat empfiehlt dem Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. einen Entwurf für große, digitale Werbeflächen zu erarbeiten, der den folgenden Eckpunkten gerecht wird:
 - a. sehr große Flächen an hochfrequentierten Verkehrsknotenpunkten
 - b. visuell raumeinnehmende Werbeflächen
 - c. langsamer Bildwechsel oder wechselnde Standbilder

- d. inhaltlich vorgesehen für Kulturveranstaltungen und/oder Imagewerbung (nicht veranstalterspezifisch sondern bevorzugt für die freie Kulturszene Wiesbadens)
2. für die Vermittlung des Entwurfs zwischen denen in BP 1 genannten Bedürfnissen einerseits und andererseits den orts- und lagespezifischen Anforderungen genehmigender Ämter und Behörden sowie den Vertragspartner WALL GmbH insbesondere zu beteiligen:
 - a. Stelle Werbenutzung im Tiefbau- und Vermessungsamt (V/66S)
 - b. Stadtgestaltung im Stadtplanungsamt (IV/610240)
 - c. Bauaufsichtsamt und Untere Denkmalschutzbehörde (IV/63)
3. den Entwurf vorerst für drei der nachfolgenden Orte zu erarbeiten:
 - a. Das Ensemble Bowling Green, Kurhaus, Staatstheater
 - b. Dern'sches Gelände / Schloßplatz
 - c. Areal am Hauptbahnhof
 - d. Mauritiusplatz
 - e. Vorplatz RMCC/Landesmuseum
4. für die hochkomplexe Aufgabe der Erarbeitung eines Entwurfs im Spannungsfeld zwischen Bedürfnissen und Limitierungen eine Agentur/ ein Büro mit einschlägiger Erfahrung zu beauftragen.

7. 21-F-60-0003

Die Geschichte Wiesbadens analog und digital erlebbar machen
-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Volt vom 22.06.2021-

Die Landeshauptstadt Wiesbaden blickt auf eine lange, vielfältige und reiche Geschichte zurück, die bis heute im Stadtraum anhand von Baudenkmalen, historischen Stätten und Plätzen präsent und erlebbar ist. Allerdings gibt es bislang, abgesehen von einzelnen Bronzetafeln aus den 1970er Jahren mit sporadischen Informationen, kein Konzept, um diese historische Vielfalt für die Allgemeinheit zu erschließen.

Damit die Geschichte sowohl für die Einheimischen als auch für Touristen künftig noch besser erfahrbar wird, soll ein modernes Konzept unter dem Arbeitstitel „Historisches Wiesbaden“ entwickelt werden, durch das die Geschichte und deren Geschichten im öffentlichen Raum durch neue Beschilderungen sichtbar gemacht werden sollen. Begleitend sollen auf einer digitalen Plattform weitergehende Informationen bereitgestellt werden, welche die Informationen auf den Schildern ergänzen und medial erweitern bzw. vertiefen.

Die Umsetzung des Konzeptes „Historisches Wiesbaden“ soll langfristig angelegt sein und schrittweise verwirklicht werden, wobei die Finanzierung der Schilder auch durch Patenschaften von Vereinen, Stiftungen, Unternehmen, Privatpersonen usw. erfolgen soll.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. ein Konzept zur historischen Beschilderung in Wiesbaden („Historisches Wiesbaden“) zu entwickeln, das sich am Konzept „Historisches Mainz“ der Landeshauptstadt Mainz und vergleichbarer historischer Informationsschilder im öffentlichen Raum orientiert und zum Ziel hat, sukzessive und langfristig im öffentlichen Stadtraum an historischen Stätten über die

1. Geschichte Wiesbadens (z.B. Orte, an denen historische Persönlichkeiten gelebt und gearbeitet haben, der Architektur- und Stadtbaugeschichte, der Archäologie, der Ereignis-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, der Erinnerungskultur usw.) zu informieren.
2. für dieses Konzept unterschiedliche Formate (mindestens drei) der Beschilderung vorzusehen, sodass die Größen der Schilder der Bedeutung des Ortes und der unterschiedlichen Möglichkeiten der Anbringung (z.B. Bodenstelen und Wandtafeln) angepasst werden können.
3. bei der Entwicklung des Konzepts insbesondere gestalterische Fragen der Schilder im Vorfeld mit der Unteren Denkmalschutzbehörde abzusprechen sowie den Schutz der Schilder vor Vandalismus und natürlichen Umwelteinflüssen zu berücksichtigen.
4. einen Vorschlag zu unterbreiten, wer sich unter Beteiligung von wem für die Erstellung bzw. Freigabe der Texte und Informationen auf den historischen Schildern verantwortlich zeigt. Den lokalen historischen Vereinen und Stiftungen soll hierbei die Möglichkeit zur Beteiligung und Mitarbeit gegeben werden.
5. von Beginn an auch Möglichkeiten vorzusehen, wie man über die Schilder zu weiterführenden, digital bereitgestellten Informationen und Angeboten gelangen kann (ggf. unter Verwendung und Ausbau des bestehenden digitalen Stadtlexikons);
 - a.) zu prüfen, ob durch die Verwendung von QR-Codes Hintergrundinformationen zu den Stationen digital zur Verfügung gestellt werden können. Je nach Standort beispielsweise in Verbindung mit dem Errichten von Ruhebänken, wie es auf dem Campus der Fachhochschule Kiel bereits erfolgreich umgesetzt wird (s. <https://www.fh-kiel.de/kultur/campuskunst-d/projekte/m-weisser-33denkbaenke/>) und
 - b.) zu prüfen, inwieweit digital bereitgestellte Informationen auch unter Berücksichtigung von Punkt 5.1 bei den Wiesbadener Stolpersteinen berücksichtigt werden können.
6. von Beginn an auch thematische Schwerpunkte/Rundgänge innerhalb des offenen Netzwerks an Schildern vorzusehen, z.B. zu den Themen „Kurstadt Wiesbaden“, „Stadt des Historismus“, „Künstlerinnen und Künstler“ o.Ä.
7. ein Konzept vorzulegen, auf welche Weise durch Partnerschaften die Finanzierung einzelner Schilder durch Vereine, Stiftungen, Unternehmen, Privatpersonen usw. erfolgen kann.
8. als Auftakt an 10 Orten Schilder anzubringen und diese zu finanzieren.

8. 21-F-22-0004

Die Mauritius-Mediathek zu Wiesbadens Wohn- und Arbeitszimmer weiterentwickeln
-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 23.06.2021-

Die städtischen Bibliotheken sollen sich zukünftig nicht nur als analoge Wissensspeicher begreifen, sondern als Zentrum für gemeinsames Lernen, Leben und Arbeiten. Die Mauritius-Mediathek kommt diesem Auftrag schon in weiten Teilen nach. Es sind jedoch weitere Schritte notwendig, um eine attraktive Anlaufstelle für alle Wiesbadener zu bleiben. Dazu sollten sich die Öffnungszeiten mittelfristig anderen Freizeit- und Kulturangebote anpassen, in einem ersten Schritt durch eine Erweiterung an Samstagen. Gleichzeitig bedarf es einer Ausweitung des städtischen Angebotes zum Lernen über und mit neuen Technologien, z.B. zum computergestützten Modellieren.

Für die Nutzung der Stadtbibliotheken werden derzeit Jahresgebühren von 15 Euro für Erwachsene erhoben, während Minderjährige die Angebote der Bibliothek kostenfrei nutzen können. Da das Gebührenaufkommen nur einen kleinen Deckungsbeitrag für die Kosten des Bibliotheksangebotes leistet, Personalressourcen bindet und eine Hemmschwelle für die Nutzung der Angebote darstellt, sollte bei einer Verbesserung der Haushaltslage ein Verzicht auf die Jahresgebühr geprüft werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. längere Öffnungszeiten der Stadtbibliothek an den Wochenenden zu prüfen. Zunächst soll dies über eine Verlängerung der Öffnung samstags bis in den frühen Abend erfolgen. Gleichzeitig wird der Magistrat gebeten, sich über die kommunalen Spitzenverbände beim Land Hessen für eine Öffnungserlaubnis für Bibliotheken an Sonn- und Feiertagen einzusetzen.
2. das Ausstattungsprogramm der Stadtbibliothek weiterzuentwickeln, um das Angebot den Änderungen im Freizeitverhalten und den unterschiedlichen Interessen insbesondere junger Menschen anzupassen (z.B. durch die Zurverfügungstellung von 3D-Druckern, eines FabLabs und einem Ausbau digitaler Angebote) und dieses anschließend mit dem notwendigen Investitionsbedarf dem Ausschuss vorzustellen.
3. zu berichten, wie sich die Nutzerzahlen und das Gebührenaufkommen in den letzten Jahren entwickelt hat.

9. 21-F-55-0009

Perspektive des Stadtmuseums post Coronam
-Antrag von DIE LINKE. Stadtfraktion vom 23.06.2021-

Wie für alle Museen und die allermeisten Kultureinrichtungen bedeuteten und bedeuten immer noch die Einschränkungen unter Corona eine immense Belastung. Die Beziehung zwischen Museen und Bürgerschaft wurde massiv gestört. Für alle geht es um einen schnellen Weg aus der Krise. Dieser ist einerseits abhängig vom pandemischen Geschehen und hierzu erforderlichen Maßnahmen, zum anderen aber auch von der politischen Unterstützung für die Kultur. Finanzielle Kompensationen sind dringend erforderlich, aber alleine nicht ausreichend.

Eine wichtige Kultureinrichtung der Landeshauptstadt Wiesbaden ist ihr Stadtmuseum. Dieses ist bekanntlich unter unzureichenden Bedingungen unterirdisch untergebracht. Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften hat sich mit der Situation des Stadtmuseums in den letzten Jahren wiederholt beschäftigt.

Nun gilt es, den "Re-start" des Stadtmuseums zu unterstützen und darüber hinaus eine Perspektive für das Stadtmuseum zu entwickeln. Ein großes Manko des Stadtmuseums ist das Fehlen von adäquaten Räumlichkeiten, die auch größere Sonderausstellungen mit wertvollen, empfindlichen Leihgaben ermöglichen. Diesem Mangel könnte durch die (temporäre) Bereitstellung von zusätzlichen Räumlichkeiten begegnet werden.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge prüfen, welche zusätzlichen Räumlichkeiten dem Stadtmuseum zeitnah zur Verfügung gestellt werden können, vor allem um Sonder- und Wechselausstellungen zu ermöglichen, die im Marktkeller nicht machbar sind.

Hierzu sollte auch kurzfristig geklärt werden, ob der "Hygieia-Saal" in den Kulturhaus-Kolonnaden zur Verfügung gestellt werden könnte, der von Beschaffenheit und seiner Lage am Staatstheater und Kurhaus - auf der "Kultur- und Museumsmeile" Wiesbadens - für diesen Zweck als besonders prädestiniert erscheint.

Die für die Nutzung des Hygieia-Saals erforderlichen Schritte sollten bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 16. September 2021 geklärt werden, damit dem Ausschuss in der Sitzung berichtet werden kann und weitere Schritte folgen.

10. 21-F-55-0010

Sachstandsbericht zum „Jahr des Wassers“
-Antrag von DIE LINKE. Stadtfraktion vom 23.06.2021-

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 13. Februar 2020 die Vorbereitung einer gemeinsamen Ausstellung und Kampagne „Wiesbadener Jahr des Wassers“ zusammen mit dem Museum Wiesbaden 2022 beschlossen.

Zur Beschlussfassung wurde seitens des Dezernats I (WIEB) ein Entwurf für ein Rohkonzept (Stand November 2019) vorgelegt.

Da das „Jahr des Wassers 2022“ näher rückt, erscheint ein aktueller Sachstandsbericht sinnvoll, um auf die Gestaltung der geplanten Kampagne Einfluss zu nehmen und weitere Institutionen und Personen für die Vorbereitung und Durchführung zu gewinnen.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge einen aktuellen Sachstandsbericht zur Vorbereitung des „Wiesbadener Jahrs des Wassers 2022“ geben. Dabei sollen insbesondere Informationen zum aktuellen Stand der Einbeziehung und Beteiligung der städtischen Ämter und Gesellschaften und deren Planungen gegeben werden.

Da es sich um ein Projekt bzw. eine Kampagne der ganzen Stadt handelt, soll der Sachbestandsbericht auch besonders die am Rhein anliegenden sowie die anderen Stadtteile außerhalb der Innenstadt umfassen.

11. Bereich Städtepartnerschaften

12. Verschiedenes (alle Bereiche)

Tagesordnung II

1. 21-F-08-0005

Sachstandsbericht Sanierungsarbeiten an der Brüder-Grimm-Schule, Grundschule der Landeshauptstadt Wiesbaden im Ortsbezirk Mainz-Kostheim
-Bericht des Magistrats vom 29.04.2021 zum Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 17.02.2021-

ANLAGE

2. 21-V-40-0009

DL 22/21-6

Neubau als Erweiterung der Martin-Niemöller-Schule - Ausführungsvorlage

- | | | |
|------------|--|--------------------|
| 3. | 21-V-40-0016 | DL 22/21-7 |
| | Karl-Gärtner-Schule - Grundsatzvorlage Erweiterung für die 3-Zügigkeit, Neubau einer Zweifachsporthalle | |
| 4. | 21-V-40-0018 | DL 22/21-8 |
| | Finanzbericht Schulamt für 2021, 1. Halbjahr | |
| 5. | 21-V-40-0022 | DL 22/21-9 |
| | Ausbau Grundschulkinderbetreuung- Personalbedarf | |
| 6. | 21-V-63-0002 | DL 22/21-12 |
| | Neubau der Johannes-Maaß-Schule, 2. Bauabschnitt inclusive einer 2-Feldturnhalle und Nebenanlagen - Wiesbaden-Nordost, Johannes-Maaß-Straße 1 | |
| 7. | 21-V-51-0017 | DL 21/21-11 |
| | Ausführungsvorlage Nr. 1 zum Grundsatzbeschluss Nr. 0362 vom 12.11.2020: Umwandlung von Betreuender Grundschule in Schulsozialarbeit an Grundschulen | |
| 8. | 21-V-51-0034 | DL 19/21-10 |
| | Wiesbadener Monitoring für den Übergang Schule - Beruf Schuljahr 2019/2020 | |
| 9. | 21-V-20-0020 | DL 20/21-2 |
| | Investitionscontrolling 2021 zum Stichtag 03.05.2021 | |
| 10. | 21-V-03-0006 | DL 21/21-3 |
| | Bekanntgabe der Mitglieder des Kulturbeirates gemäß § 2 Abs. 1 der Kulturbeiratsordnung - Wahlzeit 2020 bis 2022 | |

11. 21-V-41-0006 DL 19/21-3

Hess. Staatstheater Wiesbaden: Abschluss 2020; Budget 2021

12. 21-V-41-0008

Troncmittel Kultur 2021, Teil 1

ANLAGE

13. 21-V-41-0009 DL 20/21-3

Neufassung der Benutzungsordnung für die Stadtbibliotheken Wiesbaden

14. 21-V-41-0012 DL 19/21-4

Mitgliedschaft im Deutschen Museumsbund e.V. und der Art Nouveau European Route

15. 21-V-41-0014 DL 20/21-4

Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden bei Cinemalovers e.V.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nikolas Jacobs
Vorsitzender